



## Mythos

Die Behauptung, Anfang der 1930er Jahre habe die Sowjetunion unter Stalin in der Ukraine eine Hungersnot initiiert, um politischen Widerstand zu brechen, hält sich bis heute – die Fakten zeigen indes ein anderes Bild. Von Thanasis Spanidis

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 23. JUNI 2017 · NR. 143 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Tunnelblick

Neonaziterror: NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags legt seinen Abschlussbericht vor

2

### Minimum

Hartz IV: Der Staat enthielt Bedürftigen in zehn Jahren fast zwei Milliarden Euro vor. Von Susan Bonath

5

### Zeitgewinn

Geheime Abstimmung über Absetzung von Südafrikas Präsident legal – fraglich, ob es dazu kommt

7

### Glückwunsch!

Hannes Wader – der Sänger, den man nur bewundern kann, wird heute 75. Von Konstantin Wecker

11

# Todsicheres Herkunftsland

Steigende Zahl von Attentaten in Afghanistan. UNO warnt vor gefährlicher Lage. Bundesregierung will weiter Menschen an den Hindukusch abschieben. **Von Markus Bernhardt**



Mindestens 36 Todesopfer forderte die Explosion einer Bombe am Donnerstag in der afghanischen Provinz Helmand

Krieg und Terror peinigen die Afghanen in ihrer Heimat. Die Sicherheitslage ist schlechter denn je. Erst am gestrigen Donnerstag kamen bei einem Autobombenanschlag in der Provinz Helmand mindestens 36 Menschen ums Leben. Über 59 Personen wurden verletzt. Unter den Opfern befanden sich neben Soldaten und Polizeibeamten auch Zivilisten. Es liegt die Vermutung nahe, dass auch dieser Terrorakt auf das Konto der Taliban geht. Sie kontrollieren etwa 80 Prozent der besagten Provinz.

Der deutschen Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD ist die gefährliche Lage in Afghanistan jedoch egal. Wie *Spiegel Online* und der *Norddeutsche Rundfunk (NDR)* gestern übereinstimmend berichteten, sollen am kommenden Mittwoch erneut Flüchtlinge aus Deutschland ins Kriegsgebiet abgeschoben werden. So sei ein Abschiebeflug nach Kabul geplant. Der derzeitige

Abschiebestopp nach Afghanistan gelte nicht für angebliche Straftäter, kommentierte das Ministerium die Meldungen. Die innenpolitische Sprecherin der Linke-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke, wies derlei zurück: »Wer bei uns straffällig geworden ist, sollte auch hier zur Rechenschaft gezogen werden.« Eine anschließende Abschiebung – noch dazu in Kriegsgebiete – entspräche »einer unzulässigen Doppelbestrafung«, erklärte sie am Donnerstag. Der Geschäftsführer von Pro Asyl, Günter Burkhardt, verwies am Donnerstag auch auf den letzten Bericht des afghanischen UNO-Programms UNAMA über Folter im Land. Dieser belege, dass exzessive Gewalt »auch in den von der Regierung kontrollierten Gebieten herrscht und auch diese Regionen regelmäßig nicht als sicher klassifiziert werden dürfen«.

Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, bezeichnete gestern den Militäreinsatz

der NATO als »komplett fehlgeschlagen«. Wer Afghanistan wieder zu einem sicheren Herkunftsland machen wolle, müsse den Krieg beenden, die Bundeswehr abziehen und die nötigen Ressourcen für ein ziviles Wiederaufbauprogramm bereitstellen. »Solange dies nicht passiert, begrüßen wir jeden Versuch, eine Abschiebung nach Afghanistan zu verhindern – so, wie ihn mutige Berufsschüler in Nürnberg Ende Mai unternommen haben«, stellte Wagenknecht am Donnerstag klar.

Selbst die Vereinten Nationen (UN) warnen aktuell vor einer »noch viel schlimmeren und fragileren Periode« am Hindukusch. Zwischen 1. März und dem 31. Mai hätte die UNO 6.252 sogenannte Sicherheitsvorfälle registriert. Damit stieg die Zahl der Anschläge und Attacken im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um über zwei Prozent an.

Für die nordrhein-westfälische Linke erinnerte ihr Landesgeschäftsführer

Sascha H. Wagner daran, dass bei dem Anschlag im Diplomatenviertel von Kabul am 31. Mai rund zweihundert Menschen getötet und mehrere hundert Personen verletzt worden waren. Unter den Todesopfern befand sich auch der 23jährige Afghane Abdullrazaq Sabier, der zuvor freiwillig aus der Bundesrepublik ausgewandert war. »Auch das genaue Schicksal des Flüchtlings Farhad Rasuli, der am 14. Februar aus NRW abgeschoben und am 10. Mai von den Taliban getötet worden war, ist bis heute nicht aufgeklärt worden«, so Wagner. »Die deutsche Kriegs- und Abschiebemaschinerie kostet immer mehr Menschenleben.«

Als Konsequenz aus der brüchigen Sicherheitslage in Afghanistan wollen die Kriegsminister der NATO-Staaten in der nächsten Woche in Brüssel darüber beraten, ob sie wieder mehr Soldaten nach Afghanistan entsenden.

■ Siehe Seite 8

## Folter bei G-8-Gipfel: Urteil gegen Italien



Strasbourg. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg hat einen Polizeieinsatz gegen Demonstranten beim G-8-Gipfeltreffen 2001 in Genua verurteilt. Die Polizei sei »besonders hart und grausam« vorgegangen. Die Behandlung der Demonstranten sei als Folter zu betrachten und als Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention, urteilte das Gericht am Donnerstag. In dem Fall ging es um eine Polizeirazzia in der Diaz-Schule in Genua, die als Unterkunft diente. Beamte hatten nachts die Schule gestürmt und auf die Menschen dort eingeschlagen. 42 von ihnen hatten gegen den italienischen Staat geklagt. Dieser wurde nun verurteilt, den Klägern jeweils 45.000 Euro Schadenersatz zu zahlen und die Verfahrenskosten zu tragen. Zwei der Kläger sollen 55.000 Euro erhalten. (Reuters/iW)

## Ausspähen unter Freunden

Hamburg. Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat jahrelang Ziele in den USA systematisch ausspioniert. Dies geht aus Dokumenten hervor, auf die sich die Nachrichtenillustrierte *Der Spiegel* am Donnerstag bezog. Dem Bericht zufolge seien Anschlüsse des Weißen Hauses, des Amts- und Wohnsitzes des amerikanischen Präsidenten, vom BND ausgespäht worden. Zudem habe der deutsche Auslandsgeheimdienst Ministerien, Konzerne, Universitäten und Menschenrechtsorganisationen in den USA ausspioniert.

Laut dem *Spiegel*-Bericht hat der BND zu den Enthüllungen geäußert, dass sich die »Genehmigungspraxis« künftig verändern werde. Der Untersuchungsbericht über Aktivitäten des US-amerikanischen Geheimdienstes NSA in Deutschland soll am Donnerstag im Bundestag diskutiert werden. 2015 hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel geäußert: »Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht!« (iW)

**jW** wird herausgegeben von 2.051 Genossinnen und Genossen (Stand 6.6.2017)  
 www.jungewelt.de/lpg



# Thyssen-Krupp will Produktion auslagern

Betriebsrat gegen Fusion mit Tata Steel. Tausenden Beschäftigten droht das Aus

Der Betriebsrat der Stahlsparte von Thyssen-Krupp fordert ein Ende der Fusionsgespräche mit Tata Steel. »Der Spuk muss ein Ende haben«, sagte der Betriebsratschef der Stahlsparte, Günter Back, am Donnerstag nach einer Betriebsversammlung in Duisburg. Die Beschäftigten seien verunsichert und forderten Klarheit. »Wenn ich nach anderthalb Jahren nicht weiß, ob das durch eine Fusion besser wird, würde ich die Finger davon lassen«, sagte er. Betriebsratschef Back zufolge hatte Finanzchef Guido Kerckhoff für den Sommer eine Entscheidung

darüber angekündigt, ob es zu der Fusion kommt oder nicht. Demnach sei wohl in dem bis Ende September laufenden Geschäftsjahr 2016/17 mit einer Entscheidung zu rechnen. Thyssen-Krupp wollte dies nicht bestätigen.

Die Betriebsräte fürchten, dass bei einem Zusammenschluss Arbeitsplätze in Deutschland abgebaut und Standorte geschlossen werden. Die Stahlsparte beschäftigt rund 27.000 Mitarbeiter. Der Sitz eines fusionierten Unternehmens könne, um Steuern zu sparen, nach Amsterdam oder London verlegt werden. »Wir haben

schon mal durch eine Fehlentscheidung verloren«, sagte Back. Der Konzern war vor einigen Jahren durch Fehlinvestitionen im amerikanischen Stahlgeschäft an den Rande des Ruins geraten. Die Konzernführung hat unabhängig davon angekündigt, die Stahlsparte neu aufzustellen. In den nächsten drei Jahren sollen 500 Millionen Euro eingespart werden. Im Werk Duisburg-Hüttenheim und in Bochum sollen zwei Anlagen geschlossen werden. Der Betriebsrat befürchtet, dass insgesamt rund 4.000 Jobs gestrichen werden.

Auch beim Anlagenbau drohen Massenentlassungen. Nach Vorabinformationen des *Manager-Magazins* vom Freitag sollen Kosten in Höhe von insgesamt 250 Millionen Euro eingespart werden. Geplant seien unter anderem Produktionsverlagerungen von Deutschland in Billiglohnländer, so das Magazin. Hintergrund der geplanten Maßnahmen ist nach Darstellung des Unternehmens eine Neuausrichtung des Geschäftsbereichs Industrial Solutions, zu dem neben dem Spezial- und Großanlagenbau auch das kriegerische Marinegeschäft gehört. (Reuters/dpa/iW)